



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

42. hét

2018.10.15.

## ZUSAMMENFASSUNG

- Der türkische Präsident hat Budapest einen Besuch abgestattet – bei dem in guter Atmosphäre verlaufenen Treffen zwischen Viktor Orbán und Recep Tayyip Erdogan bekräftigten die Seiten, sich für eine Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit einzusetzen.
- In Transkarpatien wollen die Spannungen nicht abnehmen – die ungarisch-ukrainischen diplomatischen Beziehungen erreichten einen neuen Tiefpunkt, nachdem ein radikales ukrainisches Nachrichtenportal eine „Todesliste“ mit Namen von ukrainisch-ungarischen Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft veröffentlichte und auf der Internetseite des ukrainischen Parlaments eine Petition erschien, die eine Deportation der in Transkarpatien lebenden ungarischen Minderheit anstrebt.
- Die Krise der Jobbik vertieft sich – nach Einschätzung von János Volner ist im Hintergrund seines Fraktionsausschlusses zu sehen, dass sich die einst als national-radikal definierte Partei nach links bewegte und die Jobbik unter den Einfluss des „Soros-Netzwerks“ gelangte.
- Die Opposition war bestrebt, die Ablösung des Herzchirurgen László Székely zu ihrem politischen Nutzen zu verwenden – die Untersuchung des Landesamtsarztes stellte nach Aufarbeitung der kompletten Gesundheitsdokumentation jedoch fest, dass es entgegen der Darstellung im Oppositionslager keinen Zusammenhang zwischen der Entlassung von Székely und dem Tod eines Patienten aus Pásztó gibt, der auf eine Herz-OP wartete.

## WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE UNGARISCH-TÜRKISCHE ZUSAMMENARBEIT BERUHT AUF EINER GESTEIGERTEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Es liegt im erstrangigen außenwirtschaftlichen Interesse Ungarns, mit jenen Großmächten, die das Schicksal der Region am stärksten zu beeinflussen vermögen, gute politische Beziehungen zu unterhalten. Diesem Umstand ist zuzuschreiben, dass sich Ministerpräsident Viktor Orbán in nur drei Monaten mit den führenden Politikern dieser drei politischen Großmächte traf: mit Angela Merkel, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan.

Beim Budapester Besuch des türkischen Staatspräsidenten ging es neben einer Stärkung der bilateralen Beziehungen zudem um aktuelle Belange der europäischen Politik. Präsident Erdogan beanstandete, dass die EU die türkischen Anstrengungen beim Umgang mit der Migrationskrise ungeachtet der früher getroffenen Vereinbarung nicht ausreichend unterstütze. Nach Aussage des türkischen Präsidenten wurden an Stelle der zugesagten 6,5 Milliarden Euro bislang nämlich nur 1,8 Milliarden Euro an die Türkei überwiesen. Angesprochen wurde außerdem die Frage eines EU-Beitritts der Türkei: Bereits seit 1963 ist die Türkei assoziiertes Mitglied der Gemeinschaft, mit der sie 1995 eine Zollunion einging. Die EU nahm den Beitrittsantrag des Landes im Dezember 1999 offiziell entgegen, doch seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen 2005 ist es in keinem einzigen der eröffneten Verhandlungskapitel zu echten Fortschritten gekommen. Dabei geht die Türkei von 3-4 Millionen Einwanderern in ihrem Land aus, weshalb es oberste Priorität der Europäer sein muss, dass deren Lage zufriedenstellend geklärt wird. Hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft der Türkei betonte Viktor Orbán, dass sich ein starkes Europa nur gemeinsam mit der Türkei denken lasse. Damit vermittelte der ungarische Regierungschef zugleich die Botschaft, dass jene die EU am ehesten schwächen, die gegen die Erweiterungspolitik auftreten.

Die ungarische Zielstellung lautet sowohl aus sicherheitspolitischen wie ebenso aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, dass eine ausgewogene Türkei-Politik auf nationaler wie europäischer Ebene realisiert wird. Was die bilateralen Beziehungen anbelangt,

- bewegte sich das 2013 noch auf 5 Milliarden Dollar auszuweiten geplante Handelsvolumen im vergangenen Jahr um 2,6 Milliarden Dollar, so dass hier weiterhin ein enormes Wachstumspotenzial gegeben ist,

- könnte die Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie – im Einklang mit den Plänen zur Entwicklung der ungarischen Armee – eine wichtige Dimension zur Stärkung der Wirtschaftskontakte bilden,
- zeigte sich in der Verurteilung der illegalen Einwanderung sowie hinsichtlich der Notwendigkeit, dagegen auf der Ebene der Nationalstaaten aufzutreten, Einigkeit.

## WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE SPANNUNGEN IN TRANSKARPATIEN NEHMEN NICHT AB

Vorläufig ist nicht zu erkennen, wann der Druck der Ukrainer auf die ungarische Minderheit in Transkarpatien nachlassen könnte. Die Verabschiedung der radikalsten Version unter den Konzepten des neuen Sprachengesetzes, die Ausweisung des Konsuls von Beregszász sowie die im kommenden Jahr in der Ukraine anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen lassen eine Fortsetzung der ungarnefeindlichen ukrainischen Politik erahnen.

Den jüngsten Nachrichten zufolge werden die Behörden in Transkarpatien mehrere hundert staatliche Repräsentanten und Kommunalvertreter auf der Suche nach ukrainisch-ungarischen doppelten Staatsbürgerschaften durchleuchten, auf der Grundlage jener mehr als 300 Personen namentlich benennenden „Todesliste“, die durch das ukrainische Hetzportal „Mirotvorec“ („Friedensstifter“) am vergangenen Montagabend über Bewohner Transkarpatiens mit ungarischem Reisepass veröffentlicht wurde. Die Informationen hinsichtlich der vorgesehenen Durchleuchtung bekräftigte der für Humanbelange verantwortliche Vizegouverneur von Transkarpatien, Jaroszlav Halasz.

Als Konsequenz dieses Skandals bestellte das Außenministerium am Mittwoch wegen der in der gesamten Ukraine zu beobachtenden ungarnefeindlichen Politik den ukrainischen Botschafter in Budapest, Ljubov Nepop, ein. Die ungarische Seite zeigt sich besorgt, dass die Ukraine beabsichtigt, in Transkarpatien einen Militärstützpunkt einzurichten, an dem Truppen des Innenministeriums und Einheiten der Armee stationiert würden. Die geplanten Maßnahmen spalten auch die ukrainische Innenpolitik: Nach Aussage des Sprechers des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) gibt es

ausgehend von den ukrainischen Gesetzen keine Rechtsgrundlage dafür, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft zur Verantwortung zu ziehen.

Wegen der Krisensituation wendet sich Ungarn an den für den Schutz der Menschenrechte auf europäischer Ebene eintretenden Europarat, damit die Parlamentarische Versammlung dieser Institution einen Beschluss über die Rechtsverstöße gegen die ungarische Minderheit in der Ukraine fasst. Vielsagend ist in diesem Zusammenhang, dass die im Falle angeblicher Menschenrechtsverletzungen hierzulande außerordentlich aktiven ungarischen Organisationen von Rechtsschützern wie Amnesty International, die Gesellschaft für Freiheitsrechte (TASZ) und die Helsinki-Kommission bislang nicht Stellung zu den brutalen Rechtsverstößen gegen die in Transkarpatien lebenden Ungarn und wegen der ständigen Bedrohungen dieser Volksgruppe bezogen haben. In Verbindung mit den ukrainischen Maßnahmen legte die russische außenpolitische Sprecherin Maria Sacharowa den Standpunkt des Kreml dar, wonach die „totale Ukrainisierung“ der Ukraine selbst gegen die innere Rechtsordnung verstoße, wobei sie daran erinnerte, dass im ukrainischen Parlament unter vier möglichen Versionen des neuen Sprachengesetzes die radikalste Version verabschiedet wurde. Der Ausgang des sich vertiefenden Konflikts, der auch international an Gewicht gewinnt, ist vorläufig fraglich, zumal eine Lösung noch vor den im März anstehenden Präsidentschaftswahlen stark angezweifelt werden kann.

## WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

### AUCH 2019 WIRD WIEDER ISTVÁN TARLÓS KANDIDAT VON FIDESZ-KDNP FÜR DAS AMT DES OBERBÜRGERMEISTERS VON BUDAPEST SEIN

Ministerpräsident Viktor Orbán und Oberbürgermeister István Tarlós gaben am vergangenen Mittwoch auf einer Pressekonferenz bekannt, sie hätten sich auf eine erneuerte Zusammenarbeit bei der Wahl zum Amt des Oberbürgermeisters verständigt. Tarlós ins Rennen zu schicken war schon allein deshalb zu rechtfertigen, weil diese Zusammenarbeit seit 2010 ohne größere politische Reibereien vonstattenging.

István Tarlós zögerte seit den Parlamentswahlen vom April nach eigener Darstellung seine Entscheidung heraus, ob er erneut für das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest kandidieren solle. Für seinen Start sprach eine Entwicklung der ungarischen Hauptstadt, die in dem Zeitraum seit

2010 durch eine ausgewogene Bewirtschaftung und entsprechende Entwicklungsmaßnahmen geprägt war. Darüber hinaus war die erforderliche Harmonie in Politik und Absichten zwischen der Führung der Hauptstadt und der Regierung gegeben. Wie auf der Pressekonferenz zu hören war, zeigte sich des Weiteren Übereinstimmung in Fragen der Stadtführung und ihrer weiteren Entwicklung, wobei für Tarlós die wichtigste Garantie die Einrichtung des Rates für die Entwicklung von Budapest gewesen sein dürfte, dessen politikgeschichtlichen Wurzeln bis in die Zeit des Dualismus zurückreichen. Damals war der legendäre Stadtplaner Frigyes Podmaniczky über vier Jahrzehnte hinweg Vizepräsident des Hauptstadtrates für öffentliche Arbeiten; das 1873 vereinte Budapest hat der damals zwischen der Stadtführung und der Regierung verwirklichten Zusammenarbeit eine der bis heute intensivsten Entwicklungsperioden zu verdanken.

Die jetzige Konzeption dürfte sich an diesem Vorbild ausrichten: István Tarlós brachte die Notwendigkeit der Einrichtung dieses Gremiums schon einmal 2015 und erneut auf der diesjährigen Sommeruniversität im siebenbürgischen Tusnádfürdő zur Sprache. Die grundlegende Funktion dieses Forums dürfte darin bestehen, die Verwendung der von der Europäischen Union und im Zentralhaushalt bereitgestellten Gelder zwischen Regierung und Stadtverwaltung abzustimmen. Zwar trafen die ungarische Regierung und die Hauptstadt bereits 2013 eine Vereinbarung, in deren Sinne die Parteien im Falle von Entwicklungsprojekten größeren Kalibers in der Hauptstadt gemeinsam an die Vorbereitung und Ausarbeitung der Machbarkeitspläne gehen, doch dürften diese Konsultationen mit der Einrichtung des Rates für die Entwicklung von Budapest effizienter vonstattengehen. Der Vorstoß war aus dem politischen Blickwinkel zeitlich gut gewählt, denn Tarlós konnte in Ermangelung eines geeigneten Nachfolgekandidaten seinen bereits 2015 angemeldeten Bedarf abgestimmt auf die Entwicklungspläne der Regierung für Budapest nunmehr durchsetzen.

Die Nominierung von István Tarlós war deshalb von entscheidender Bedeutung für Fidesz-KDNP, weil seine Popularität in Budapest jene der Regierungsparteien übersteigt: Laut Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts in der Hauptstadt würde er bei Kommunalwahlen am kommenden Sonntag mindestens 45 Prozent der Stimmen holen. Ein gegen ihn ins Rennen geschickter (vorläufig noch nicht benannter) Kandidat der Linken käme auf ein Ergebnis von 30 Prozent. Ausgehend von den aktuellen Zahlen hat der gesellschaftliche Rückhalt des regierenden Oberbürgermeisters seit 2014 keinen Schaden erlitten, wobei die Sympathiewerte dank 10-11 Prozent unentschlossener Wähler im Wahlkampf weiter zunehmen könnten.

## SEIT DEN PARLAMENTSWAHLEN GEHT DIE MITGLIEDERZAHL DER JOBBIK LAUFEND ZURÜCK

In der vergangenen Woche haben die Stellvertretenden Parteivorsitzenden János Volner und István Apáti sowie der ehemalige Bürgermeister von Tiszavasvár, Erik Fülöp, die Parlamentsfraktion der Jobbik verlassen. Während Volner mit 17 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen aus der Fraktion ausgeschlossen wurde, wechselten die beiden anderen Politiker aus eigenem Ermessen in die Reihen der fraktionslosen Abgeordneten. János Volner gehörte zu den besonders bekannten und beliebten Politikern der Partei, wobei jedoch nach seinen öffentlichen Kritiken am Parteivorstand zu erwarten war, dass sich der Stellvertretende Vorsitzende früher oder später außerhalb der Jobbik finden wird.

Seit der Niederlage bei den Parlamentswahlen kam es in der Jobbik in mehreren Wellen zu Austritten, Ausschlüssen sowie Auflösungen von Ortsverbänden. Der im Mai gewählte neue Parteivorstand möchte die Partei, die sich einst als national-radikal definierte, auch weiterhin in Richtung der Linken und eines Zusammenschlusses der Opposition steuern, was ernsthafte Konflikte unter den Mitgliedern auslöst. Die Parteiaustritte in der vergangenen Woche waren ebenso wie der Parteiausschluss diesem Umstand zu verdanken: János Volner hatte gleich auf mehreren Foren jene Bestrebungen innerhalb der Partei kritisiert, die auf eine Annäherung zwischen Jobbik und LMP gerichtet sind. Für den Kreis um Volner dürfte das der letzte Tropfen gewesen sein, der das Fass zum Überlaufen brachte, denn die unter dem Deckmantel eines Wandels zur Volkspartei vollzogene Linkswendung der Jobbik dauert nunmehr seit Jahren an, wobei die Kritiken an diesem Kurs unter der Führung von Gábor Vona noch nicht öffentlich gemacht wurden. Unter den Äußerungen der vergangenen Woche lässt sich hervorheben, dass ein prominenter Politiker der Jobbik jene bislang ausschließlich von Seiten des Regierungslagers betonte Meinung formulierte, die Jobbik „stehe unter dem Einfluss des Soros-Netzwerks“.

Der Austritt von Erik Fülöp und István Apáti aus der Fraktion dürfte dem Parteivorsitzenden Tamás Sneider besonders deshalb wehtun, weil Fülöp noch als Bürgermeister von Tiszavasvár wiederholt den Mitgliedern vor Augen führte, dass die Jobbik Wahlen gewinnen kann, während Apáti sowohl im Landesosten als auch im Parteivorstand als ein einflussreicher Politiker der Jobbik galt. In der Folgezeit werden die drei sehr wahrscheinlich aus der Partei ausgeschlossen. Zwar sprach János Volner von der denkbaren Einberufung eines Parteitages, um die führenden Ämter neu zu besetzen,

d. h. die Macht in der Jobbik zu übernehmen, was jedoch auf der Grundlage der erst in diesem Jahr modifizierten Regeln in den Grundstatuten der Jobbik in Bezug auf die Einberufung eines Kongresses kurzfristig nicht machbar erscheint, da diese nur möglich ist

- auf Initiative des Landesvorstandes,
- im Falle des Rücktritts des Landesvorstandes,
- im Falle einer Entscheidung des Landeswahlausschusses mit Zweidrittelmehrheit,
- auf Initiative von mehr als der Hälfte der Orts- und Basisverbände.

## ES BESTEHT KEIN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER ENTLASSUNG DES HERZCHIRURGEN UND DEM TOD EINES PATIENTEN

In Verbindung mit der Entlassung des Herzchirurgen László Székely entspann sich eine ideologisierte Debatte, nachdem der Direktor des Landesinstituts für Kardiologie „György Gottsegen“ (GOKI) den Chefarzt wegen schwerwiegender ethischer und rechtlicher Verstöße aus seiner Position entfernte. Die Sache gelangte deshalb in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, weil ein Patient aus Pásztó, der auf seine Herzoperation wartete, im Anschluss an die Entlassung des Chefarztes verstarb. Im Gegensatz zu den Mutmaßungen der Opposition konnte die Untersuchung des Nationalen Volksgesundheitszentrums (NNK) keinen Zusammenhang zwischen dem Todesfall und der Entlassung feststellen.

Das NKK holte während der umfassenden Untersuchung von allen in die Angelegenheit verwickelten Institutionen sämtliche mit dem Fall im Zusammenhang stehenden Gesundheits-Dokumentationen ein: vom Komitatskrankenhaus „Szent Lázár“ in Salgótarján ebenso wie vom Margit-Krankenhaus in Pásztó und vom GOKI. Auf der Grundlage von Facharztgutachten wurde festgestellt, dass die Verfahrensordnung der Patientenversorgung im GOKI nicht den Vorschriften entsprach. Zum einen gelangte der besagte Patient nicht auf die Warteliste der Einrichtung, zum anderen gab es auch keine Dokumentationen vom Geschehen eines Konsiliums der Herzchirurgen beziehungsweise konnte auch gar nicht einwandfrei festgestellt werden, ob der betreffende Patient zu László Székely gehörte, oder nicht. Die Sache wird noch durch den Umstand verschärft, dass sich der Patient nach Auskunft des Landesamtsarztes bereits am 30. Juli in einem lebensbedrohlichen Zustand befand, weshalb ein lebensrettender Eingriff in der Gefäßchirurgie einzig von den Spezialisten an der Semmelweis-Universität oder der Városmajor-Klinik hätte vorgenommen werden können.

Die politische Bedeutung der Angelegenheit wurde durch Mängel im System der Gesundheitsversorgung, die von Seiten der Opposition wiederholt zu thematisieren versucht wurden, sowie durch den Rücktritt der Gesundheitsstaatssekretärin überhöht. In Verbindung mit ersterem Problem formulierte der Regierungschef die Notwendigkeit, das private Gesundheitswesen deutlicher als bisher vom staatlichen Gesundheitswesen abzutrennen, Letzteres ergab sich aus Spekulationen, wonach im Hintergrund des Konflikts mit Minister Miklós Kásler und des Rücktritts von Staatssekretärin Anikó Nagy angeblich die Sache des Herzchirurgen zu sehen sei. Nagy wird im Übrigen in ihrem Amt durch Ildikó Horváth ersetzt, die Strategische Direktorin des Korányi-Landesinstituts für TBC und Pneumologie, deren wichtigste Aufgabe darin bestehen dürfte, die Versorgungsanomalien zu beseitigen, indem unter anderem die bereits in Angriff genommene Reform des Systems der Gesundheitsversorgung (Dispatchersystem) fortgesetzt wird.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### DER POLITISCHE SCHLAGABTAUSCH IN HÓDMEZŐVÁSÁRHELY SETZT SICH FORT

Die Spannungen in der Stadt Hódmezővásárhely, die seit der Wahl des Oberbürgermeisters Ende Februar praktisch ununterbrochen im politischen Wahlkampfmodus steht, sinken nicht. Zuletzt forderte der OB der Stadt in der Tiefebene, Péter Márki-Zay, eine Auflösung der mehrheitlich vom Fidesz kontrollierten Bürgerschaft, die nach seinen Worten die Bewirtschaftung der Stadt torpediere, ausschließlich um ihm zu schaden. Im Gegensatz hierzu sehen die Fidesz-Politiker den Grund für die ausbleibenden Erfolge von Péter Márki-Zay darin, dass der OB an Stelle der anstehenden Probleme in der Stadt mit seinen Ambitionen als Landespolitiker beschäftigt sei.

Die Bürgerschaft aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben ist nach den ungarischen Rechtsnormen mit Blick auf das Wahljahr 2019 noch bis zum 30. November dieses Jahres möglich. Die politische Alternative einer Auflösung des Gremiums wollte in Wirklichkeit keine der Parteien verwirklichen: Für Péter Márki-Zay verhält sich die Interessenlage so, dass er nun systematisch Wahlkampf in der Stadt gegen die mehrheitlich von der Regierungspartei geführte Bürgerschaft führen kann – um damit die Aufmerksamkeit von den wahren Problemen der Stadt abzulenken –, während die Abgeordneten von Fidesz-KDNP den Oberbürgermeister auf diese Weise unter politischen Druck setzen können.

## DAS UNGARISCHE HOCHSCHULSYSTEM VOR DEM UMBAU?

Die ungarische Regierung plant Umgestaltungen in Aufbauorganisation und Bewirtschaftung, welche der Autonomie der Hochschulen sowie den Bedürfnissen am Markt am ehesten gerecht werden. Die erste Probe soll mit der Erneuerung der Budapester Corvinus-Universität gewagt werden. Diese Konzeption lässt eine Neuinterpretation des Rollenverständnisses innerhalb des staatlichen Bildungswesens erahnen: Der Kerngedanke wäre, dass die einzelnen Institutionen frei entscheiden können, in welcher Form – ob als Nonprofit-, als profitorientierte oder aber als geschlossene Institution – sie künftig agieren wollen. Die Rolle des Staates als Träger würde dabei erlöschen, der künftig lediglich die Rahmencahlen abstecken will, über die hinausgehend jede Hochschule zudem selbstfinanzierte Ausbildungsgänge anbieten könnte.

## PROGNOSE

- **Am Mittwoch und Donnerstag kommt es zum nächsten Treffen des Europäischen Rates.** Drei Wochen nach dem informellen Gipfel von Salzburg befinden sich auch weiterhin die Brexit-Verhandlungen sowie die Vorschläge der Kommission in Verbindung mit der illegalen Einwanderung auf der Tagesordnung. Fortschritte sind bei keinem der Themen zu erwarten.